

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für regionale Entwicklung*

**2007/2091(INI)**

25.7.2007

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für regionale Entwicklung

für den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

zu dem Thema „fossile Brennstoffe und Energietechnologie“  
(2007/2091(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Francisca Pleguezuelos Aguilar

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für regionale Entwicklung ersucht den federführenden Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont die langfristige Bedeutung der konventionellen Energieträger für die Energieerzeugung und die regionale Entwicklung in Europa;
2. betont die Beschäftigungswirkungen und die Einkommenseffekte durch konventionelle Energieträger in Bergbauregionen (allein ca. 300 000 Arbeitsplätze im Kohlebergbau) und an Kraftwerksstandorten;
3. betont die besondere Bedeutung der Kohle und der Kernkraft (jeweils 29 % bzw. 31 % der Stromerzeugung in der EU) im aktuellen und künftigen europäischen Energiemix; verweist auf extreme Abhängigkeiten im Energieimport aus sicherheitspolitisch problematischen Bezugsregionen außerhalb der Gemeinschaft;
4. fordert weitere Steigerungen der Effizienz der fossilen Kraftwerkstechnik, eine weitere Erhöhung der Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke, eine schnelle Weiterentwicklung der Technologie der Kernfusion sowie entsprechende Steigerungen der Forschungsaufwendungen;
5. fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf, die Energieerzeugung zu diversifizieren und zu dezentralisieren und dabei auf die Rohstoffe zurückzugreifen, die in den einzelnen Regionen der gesamten EU am besten geeignet sind, und dabei regionale Besonderheiten zu berücksichtigen;
6. begrüßt die Feststellungen im Vierten Bericht der Kommission über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (KOM(2007)0273), wonach die Gebiete mit dem höchsten Pro-Kopf-BIP in der Regel den geringsten Energieverbrauch pro Einheit Wirtschaftsleistung haben; weist jedoch auf die Aussichten auf Wachstum durch Innovation und eine nachhaltige, den Wettbewerb fördernde Energiepolitik hin, die sich durch Investitionen in die nachhaltige Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen bieten; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten daher auf, zu prüfen, welche Faktoren solche Investitionen unterstützen können, und den Austausch bewährter Verfahren in diesem Zusammenhang zu fördern;
7. fordert die Kommission sowie die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den rationellen Verbrauch von Energie – sowohl Strom als auch Wärmeenergie – fördern, und zwar vor allem durch die umfassendere Förderung einer energieeffizienten Bauweise, rationelle Systeme der Straßenbeleuchtung, eine angemessene Isolierung der Systeme zur Übertragung von Wärmeenergie (vor allem in Ballungsgebieten), die Ersetzung veralteter Elektrogeräte durch energie sparende Geräte usw.;
8. begrüßt die Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 9. März und insbesondere dessen Beschluss, das Ziel zu setzen, dass die EU den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um 20 % im Vergleich zu 1990 senkt bzw. um 30 %, wenn eine Einigung mit anderen Industrieländern im Rahmen eines internationalen

Übereinkommens erzielt wird; verweist jedoch auf seine Entschließung vom 14. Dezember 2006 zu dem Thema „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ (Grünbuch)<sup>1</sup>, in der gefordert wird, dass bis 2020 ein Viertel des Energieverbrauchs aus erneuerbaren Quellen gedeckt wird, und fordert die Mitgliedstaaten auf, bei der Ausarbeitung und Umsetzung der nationalen Pläne eng mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammenzuarbeiten, um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen;

9. weist darauf hin, dass die Gebiete in Randlage und in äußerster Randlage infolge ihrer geografischen und klimatischen Bedingungen ein großes Potenzial im Bereich der erneuerbaren Energieträger haben; fordert, die daraus resultierenden außergewöhnlichen Chancen voll auszuschöpfen;
10. weist auf das erhebliche Potenzial hin, das die Energieerzeugung aus Biomasse als Teil des Energiemixes der EU hat, die überdies zur Schaffung vieler Arbeitsplätze in ländlichen Gebieten beitragen kann; erinnert die Kommission und die Mitgliedstaaten daran, dass bei der Erzeugung von Energie aus Biomasse wie auch aus fossilen Brennstoffen erhebliche Mengen an CO<sub>2</sub> entstehen und dass die Mitgliedstaaten auch Techniken zur Kohlendioxidabscheidung anwenden sollten, wo das möglich ist; stellt fest, dass eine extensive Erzeugung von Biomasse in nachhaltiger Weise erfolgen sollte und zudem so, dass die Umwelt weder in der EU noch in Drittländern geschädigt wird;
11. ist der Ansicht, dass die EU bei sauberen, effizienten und kohlenstoffarmen Energietechnologien weltweit eine Führungsrolle innehat, was einer der Schlüsselfaktoren für die regionale Entwicklung sein kann, und fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften auf, Investitionen in diese Technologien zu fördern;
12. fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten, die Regionen und die anderen Betroffenen auf, die Möglichkeiten, die ihnen die Kohäsionspolitik bietet, so effizient wie möglich zu nutzen und in neue Energietechnologien, sowohl in erneuerbare Energiequellen als auch in die nachhaltige Nutzung fossiler Brennstoffe („emissionsarme Kraftwerke“), zu investieren;
13. fordert die Mitgliedstaaten und die regionalen Gebietskörperschaften auf, vor allem in Grenzregionen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieversorgungssicherheit durch eine bessere direkte Zusammenarbeit im Energiebereich zu ergreifen;
14. ist der Ansicht, dass Investitionen in Technologien für nachhaltige Energiequellen wesentliche Bedeutung haben, und tritt dafür ein, auch die Strukturfonds für die Finanzierung entsprechender Projekte zu verwenden;
15. bedauert, dass keine umfassenderen und genaueren Daten auf regionaler Ebene über den Verbrauch, die Preise und die Erzeugung von Energie vorliegen, und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, im Hinblick auf die Ausarbeitung einer Studie auf europäischer Ebene zur Sammlung dieser Daten zusammenzuarbeiten;

---

<sup>1</sup> *Angenommene Texte*, P6(2006)0603.

16. fordert die Kommission nachdrücklich auf, die territorialen Auswirkungen ihrer Vorschläge im Bereich der Energiepolitik zu bewerten und die Ergebnisse den Mitgliedstaaten zu übermitteln;
17. bekräftigt, dass Kohlevorkommen über die ganze Erde verteilt sind und dass die EU über solche Vorkommen verfügt, was ihre Versorgung mit Kohle gewährleistet; begrüßt daher den Vorschlag der Kommission, in Demonstrationsprojekte (mit dem Schwerpunkt bei integrierten Lösungen auf der Grundlage „sauberer Kohletechnologien“ durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung und –lagerung) zu investieren, die darauf abzielen, diese Technologien, bei denen durch die nachhaltige Nutzung von Kohle Elektrizität erzeugt wird, wirtschaftlich tragfähig zu machen;
18. bevorzugt die Verwendung von Sedimentbecken für die Kohlenstoffabscheidung, weist jedoch darauf hin, dass Europa nach Angaben des Zwischenstaatlichen Sachverständigenausschusses für Klimaänderungen der VN nur wenige in Frage kommende Sedimentbecken hat, die für die Abscheidung von CO<sub>2</sub> genutzt werden können, wobei die meisten in der Nordsee, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer liegen; betont, dass der Transport des gebundenen CO<sub>2</sub> vom Produktionsstandort zu den Gebieten, die für die Abscheidung am besten geeignet sind, nur über Pipelines oder Schiffe erfolgen kann und dass dies bei der Berechnung der CO<sub>2</sub>-Kosten solcher Vorhaben berücksichtigt werden muss;
19. stellt fest, dass ein Drittel der mit Kohle betriebenen Kraftwerke in der Europäischen Union das Ende ihres Lebenszyklus erreichen werden, bevor die Technologien für „nachhaltige Kohle“ kommerziell rentabel sind, und fordert umweltrechtliche und finanzielle Übergangslösungen im Einklang mit ökologischen und ökonomischen Erfordernissen;
20. betont, dass nach Angaben des Zwischenstaatlichen Sachverständigenausschusses für Klimaänderungen der UNO die Versauerung der Meere mit dem CO<sub>2</sub>-Gehalt wächst; ist deshalb der Auffassung, dass die Speicherung von CO<sub>2</sub> im Meer die Meeresumwelt oder die Nahrungsmittelkette nicht beeinträchtigen darf und nicht in Gebieten zugelassen werden sollte, in denen das maritime Ökosystem ungewöhnlich anfällig ist;
21. fordert die Mitgliedstaaten auf, für FuE und Innovation einerseits ebenso viele Finanzmittel bereitzustellen wie für Demonstrationsprojekte im Hinblick auf die Entwicklung von Technologien für „saubere Kohle“ andererseits;
22. betont, wie wichtig es ist, dass die Einwohner jener Regionen, in denen sich kohlebetriebene Anlagen befinden, über die damit verbundenen Gefahren aufgeklärt werden und dass Pläne zur Modernisierung und zur Verbesserung der Umwelteigenschaften bestehender Kraftwerke der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden;
23. fordert, dass die Erfassung der Umweltauswirkungen und die Sanierungsmaßnahmen in Gebieten, in denen sich kohlebetriebene Anlagen befinden, finanziell unterstützt werden;

## VERFAHREN

<b>Titel</b>	Fossile Brennstoffe und Energietechnologie
<b>Verfahrensnummer</b>	2007/2091(INI)
<b>Federführender Ausschuss</b>	ITRE
<b>Stellungnahme von</b> Datum der Bekanntgabe im Plenum	REGI 26.4.2007
<b>Verfasser(-in) der Stellungnahme</b> Datum der Benennung	Francisca Pleguezuelos Aguilar 7.6.2007
<b>Prüfung im Ausschuss</b>	7.6.2007
<b>Datum der Annahme</b>	17.7.2007
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+ : 39 - : 0 0 : 4
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Alfonso Andria, Stavros Arnautakis, Elspeth Attwooll, Tiberiu Bărbulețiu, Jean Marie Beaupuy, Rolf Berend, Wolfgang Bulfon, Bairbre de Brún, Vasile Dîncu, Gerardo Galeote, Iratxe García Pérez, Pedro Guerreiro, Zita Gurmai, Marian Harkin, Jim Higgins, Filiz Husmenova, Mieczysław Edmund Janowski, Rumiana Jeleva, Tunne Kelam, Evgeni Kirilov, Constanze Angela Krehl, Mario Mantovani, Sérgio Marques, James Nicholson, Lambert van Nistelrooij, Jan Olbrycht, Maria Petre, Markus Pieper, Pierre Pribetich, Wojciech Roszkowski, Elisabeth Schroedter, Grażyna Staniszewska, Kyriacos Triantaphyllides, Oldřich Vlasák
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellvertreter(-in/-innen)</b>	Jan Březina, Den Dover, Jill Evans, Emanuel Jardim Fernandes, Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, Samuli Pohjamo, Christa Prets, Károly Ferenc Szabó
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende(r) Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Thomas Ulmer